Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 178 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 2. August 1933

Rund um den Frieden.

Schwerlich hätte es früher in Europa irgend jemanden besonders interessiert, wenn noch viel weiter als nur „hinten in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen", an der indisch-afghanischen Grenze nämlich, allwo besagte Völker den Krieg bzw. den Raubzug zu einer Art Tagesbrauch gemacht haben. An dieser lieblichen Nordwestecke Indiens, die aber durchaus nicht in Frieden leben kann, weil es dem bösen afghanischen Nachbarn nicht gefällt, gehört ein Grenzkrieg also zu den größten Selbstverständlichkeiten. Die gegenseitige Achtung vor der Grenze ist auch nur recht mangelhaft entwickelt, — obwohl diese Grenzstämme noch nicht einmal von soviel Kultur beleckt sind, daß sie das Überschreiten der Grenze mit wirtschaftspolitischen „Zwangs"gründen erklären würden, wie das unter Kulturnationen zwecks Förderung des Weltfriedens üblich ist, z. B. bei Japans Vorgehen gegen China.

Viel interessanter als die Raufhändel an jener Grenze ist aber die Tatsache, daß die Engländer den ihnen befreundeten Afghanenstamm durch Angriffe von Bombenflugzeugen auf die gegnerischen Stämme „schützen" will. Auch das geschieht dort nicht zum erstenmal, — ganz im Gegenteil! Vielmehr ist es den Engländern infolge der Schwierigkeiten, die das dortige Hochgebirgsgelände dem Vorgehen von Truppen entgegenstellt, bereits seit längerer Zeit zur lieben und — bequemen Gewohnheit geworden, solche Polizeiaktionen mittels Bombenabwürfe auf die Dörfer, Tiere und Menschen der „aufständischen Stämme" durchzuführen. Eine Gegenwehr erfolgt natürlich kaum, meist gar nicht.

Nun aber haben in Genf auf der Abrüstungskonferenz recht pikante Verhandlungen über die völker„rechtlose" Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Luftbombardements von bewohnten Ortschaften stattgefunden, und nach langem Hängen und Würgen hat der englische Vertreter die hartnäckige Forderung, bei „Polizeiaktionen in entlegenen Gegenden" müßten solche Luftangriffe erlaubt sein, doch schließlich aufgegeben, aber nur, wenn sonst die internationale Abschaffung des ganzen Luftbombardements gefährdet werde. Trotz dieses „grundsätzlichen" Zugeständnisses werden die Engländer jetzt in jenem Erdenviertel munter drauflos luftbombardieren, was man übrigens kürzlich schon auf dem englischen Marineflugplatz Heudon bei London den Konferenzdelegierten im Muster vorgeführt hat.

*

Völkerrecht „wie ich es auffasse" ist aber eine genau so seltsame Sache wie die Abrüstung; es ist kaum anzunehmen, daß die Afghanen dem drastischen Eindruck einer Zweieinhalb-Zentner-Luftbombe weniger Verständnis entgegenbringen als die Bewohner einer europäischen Großstadt. Auch das Völkerrecht ist in alter, jüngster und allerjüngster Zeit oft genug zusammengeschossen worden, aber man errichtete dann vor den Trümmern schnell ein paar Phrasen-Fassaden. Man veranstaltete z. B. eine „Volksabstimmung", wie die in Eupen und Malmedy, wo nur der seine Stimme abgeben durfte, wer ein Gegner des „Wiederanschlusses" dieses Gebietes an Belgien war; neben der Urne stand der belgische Soldat. Nun veröffentlicht einer der belgischen Vorkämpfer dieser Annexion die Mitteilung, daß schon im September 1914 Poincaré dem damaligen Vertreter der Stadt Lüttich und heutigen Senatspräsidenten nicht bloß eine Anleihe gewährt, sondern ihm auch die „Rückkehr von Eupen, Malmedy und St. Vith an ihr Mutterland" versprochen habe, weil dadurch die belgische Ostgrenze und „überhaupt die allgemeine Sicherheit erhöht" werde.

Daß Poincaré ein überaus schlechter Historiker war und ist, wissen wir längst; daß er aber von einer „Rückkehr dieser ehemals belgischen Gebiete" sprach, ist denn doch geradezu hanebüchen. Denn diese Gebiete kamen an Preußen, anderthalb Jahrzehnte, ehe es überhaupt ein Belgien gab! Und im übrigen: Wenn diese „Rückkehr" schon 1914 vereinbart war, — wozu dann erst selbst noch diese Farce einer „Volksabstimmung"? Die Annexion war doch eine längst beschlossene Sache.

*

Natürlich verändern sich machtpolitisch die Dinge allein durch solche Indiskretionen um keinen Deut. Ebensowenig wie es die Stimmung in Frankreich uns gegenüber kaum wesentlich ändert, wenn einmal eine der von irgendwelchen französischen oder sonstigen Berichterstattern veröffentlichten „Räubergeschichten" aus Deutschland widerrufen wird. So hatte man nach Paris gemeldet, der frühere Reichskanzler General v. Schleicher sei „nach der Schweiz geflohen", andere behaupteten, „ganz genau" zu wissen, er sei in der Festung Küstrin interniert. Nun hat der Berliner Sonderberichterstatter einer Pariser Zeitung mit dem General v. Schleicher gesprochen, der äußerst friedlich und so unbeobachtet wie nur möglich in seiner Neubabelsberger Privatwohnung saß. Bezeichnend ist aber, daß der Sonderberichterstattert schreibt, er müsse „selbst auf die Gefahr hin, seine Leser zu enttäuschen" (!), — denn doch feststellen und erklären, daß alle die Märchen über General v. Schleicher erfunden und dieser Mann völlig unbehelligt sei. Weder ein Wachtposten noch ein Kriminalbeamter wäre in der Nähe.

„Auf die Gefahr hin, die Leser zu enttäuschen", — als Deutscher wird man sich hierzu eine ganze Menge denken können. Im übrigen aber: Eine einzige Dementier-Schwalbe macht noch keinen Wahrheits-Sommer!

Die Bonzenwirtschaft beim Rundfunk.

Korruptionsskandal bei der alten Rundfunkgesellschaft.

Im Anschluß an den Abbau der Überorganisation in den deutschen Rundfunkgesellschaften und den damit im Zusammenhang stehenden Kündigungen von leitenden Angestellten der Reichsrundfunkgesellschaft ist es gelungen, in dem Zimmer eines bisherigen Direktors ein geheimes Fach zu entdecken, in dem außerordentlich wichtiges Belastungsmaterial für die korrupte Geschäftsführung des alten Systemrundfunks und seines Direktors Dr. Magnus gefunden wurde. Schon das bisher vorliegende Material läßt auf eine unverantwortliche Geschäftsführung der Reichsrundfunkgesellschaft, der Dachgesellschaft der deutschen Rundfunkgesellschaften, dessen erster Direktor Dr. Magnus war, schließen.

So wurde die ungeheuerliche Tatsache entdeckt, daß die leitenden Angestellten der Mirag in eine Lebensversicherung eingekauft waren, deren Prämienkosten zur Hälfte die Gesellschaft trug. Auf diese Weise waren von den jetzt entlassenen Leitern der Mirag der Intendant Professor Dr. Neubeck, sein kaufmännischer Direktor Koll und Dr. Jäger mit je 50 000 Mark, ein vierter leitender Angestellter mit 30 000 Mark und der Prokurist Raedel mit 20 000 Mark versichert. Die Gesamtbelastung der Gesellschaft durch diese Lebensversicherungen betrug seit 1926 9000 bis 10 000 Mark pro Jahr. Natürlich galten diese Lebensversicherungen, die auf Kosten der Gesellschaft abgeschlossen wurden, nur für leitende Angestellte.

Aber auch sonst verstanden es die leitenden Angestellten der Mirag, sich auf Kosten der Gesellschaft mit den Hörergeldern reichliche Sondervorteile zu verschaffen. Dies geschah u. a. auf

Konto Repräsentationsspesen.

worauf von den beiden Geschäftsführern Professor Neubeck und Dr. Kohl erhebliche Summen für die Bewirtung von Geschäftsfreunden und Künstlern liquidiert wurden. Als typische Beispiele seien aus den letzten drei Jahren folgende Repräsentationsausgaben verzeichnet:

Teilnahme an einer Silvesterfeier im „Kaiserhof" 288 Mark, Teilnahme an einer Künstlerredoute 270 Mark, Essen mit dem Rundfunktenor Baumann 200 Mark, Teilnahme am Funkball 310 Mark, Essen mit Dr. Magnus und Ministerialrat Giesecke 132 Mark, Essen mit Staatssekretär Bredow (acht Personen) 599 Mark, Essen im Kurrestaurant Bad Lauchstädt 1000 Mark, Rechnung Stadtküche Leipzig 1000 Mark.

Ein besonderes Kapitel bei der Mirag sind ferner die sogenannten Reiseliquidationen und Fahrtauslagen.

Die Ausnutzung dieser Konten erfolgte jahrelang in einer Form, die für die Herren Dr. Kohl und Dr. Neubeck ganz zweifellos zusätzliches Einkommen bedeutete. Verausgabt wurden für dienstliche Reisen in den Jahren: 1930: 48 678 Mark; 1931: 46 351 Mark; 1932: 20 211 Mark. In der Hauptsache wurden diese Spesen von Professor Neubeck und Dr. Kohl liquidiert, die bis zum Jahre 1930 noch Reisetagegelder von 40 bis 50 Mark je Tag erhielten. Es war keine Seltenheit, daß Professor Neubeck und Dr. Kohl in einem einzigen Monat allein an Tagegeldern über 1000 Mark liquidierten. Auch wurden mit den Reisekosten sehr häufig Repräsentationskosten sehr großen Umfanges verbunden. So beliefen sich die Kosten einer Reise von Leipzig nach Dresden und Schandau, am 1. und 2. Juni 1930, mit 13 Teilnehmern auf 1345,50 Mark. Die Kosten einer Reise nach Eisenach am 10. und 11. Mai 1931 mit zwölf Teilnehmern betrugen 1710 Mark.

Mit diesen Enthüllungen über den Leipziger Korruptionsskandal ist erst ein verschwindend kleiner Teil aus dem Korruptionssumpf des Systemrundfunks des Novembersystems aufgedeckt worden.

*

Hadamovsky über die aufgedeckte Korruption im Rundfunk

München, 1. August. Der neuernannte Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, Pg. Hadamovsky, sprach am Dienstag abend in einer öffentlichen Kundgebung im Hotel Wagner über das Thema: „Der Rundfunk im neuen Staat". Vorher äußerte er sich gegenüber den Vertretern der Presse über den aufgedeckten Korruptionsskandal beim deutschen Rundfunk, wobei er u. a. feststellte, daß der sozialdemokratische Ansager der Berliner Funkstunde, Alfred Braun, ein Gehalt von 64 000 Mark bezogen habe. Der Berliner Edeljude Flesch habe noch bis gestern 49 000 Mark bekommen. Auch andere Rundfunkgewaltige hätten Gehälter bezogen, die weit die Bezüge von Reichsministern überstiegen. Die zum Teil lebenslänglichen Verträge seien jetzt nicht nur annulliert worden, sondern man werde sogar noch Rückzahlungen verlangen. Es sei der persönliche Wunsch des Ministers Goebbels, daß mit diesen Ministergehältern und Rundfunkpfründen gründlich aufgeräumt werde. Goebbels habe ihm erklärt: „Nun räumen Sie aber rücksichtslos auf, daß nicht einmal mehr der Geruch in den Funkhäusern zurückbleibt." Von den leitenden Angestellten seien 50 v. H. entlassen worden. Infolge der Verwaltungsvereinfachung brauchten Neueinstellungen für die Entlassenen nicht zu erfolgen. Dadurch würden im Rundfunk Millionen eingespart werden können. Diese Beträge sollen dem Ausbau unseres geistigen, künstlerischen und kulturellen Lebens zugute kommen. Auf eine Anfrage erklärte Hadamovsky, daß eine Herabsetzung der Hörergebühren nicht in Frage komme. Die weitere Anfrage, ob auch der bayrische Rundfunk von den Korruptionsfällen berührt werde, beantwortet Hadamovsky dahin, daß dies nicht zutreffe.

Das nennen sie Abrüstung!

Rüstung in Ost und West.

Ein neues Bauprogramm für die japanische Marine in Höhe von 59 Millionen Pfund wurde dem japanischen Finanzministerium vorgelegt. U. a. sollen zwei leichte Kreuzer, zwei Flugzeugmutterschiffe, ein Minenleger, vierzehn Zerstörer und sechs Unterseeboote gebaut werden. Nach dem Ablauf des Londoner Flottenvertrages im Jahre 1936 ist der Bau von vier weiteren Zerstörern und vier Torpedobooten vorgesehen. Ferner ist die Schaffung von acht neuen Luftgeschwadern für die Flotte geplant.

*

Die großen Luftmanöver an der französischen Mittelmeerküste haben begonnen. Die Manöveraufgabe besteht in einem Angriff eines feindlichen Luftgeschwaders aus der Richtung Korsika auf die südfranzösische Küste und insbesondere auf den Hafen von Toulon. Der Hauptschlag der angreifenden Streitkräfte soll am Mittwoch vorgenommen werden.

Die Unternehmerfront im Arbeitskrieg.

Neue Siege über die Arbeitslosigkeit.

In der Provinz Pommern sind seit Montag zwei große Kreise, die insgesamt rund 6000 Arbeitslose hatten, von der Arbeitslosigkeit befreit. Es sind dies die Kreise Regenwalde und Neustettin.

Die Arbeitgeber wurden aufgefordert, im Interesse des nationalen Staates auch von sich aus dafür zu sorgen, allen noch arbeitslosen Volksgenossen Arbeit zu geben. Diese Parole an das nationale und soziale Gewissen der Unternehmer hatte zur Folge, daß diejenigen Arbeitslosen, die nicht in der Landwirtschaft bei Erntearbeiten untergebracht werden konnten, in die Privatwirtschaft übergeführt wurden. In keinem einzigen Falle hat sich ein Arbeitgeber gesträubt, seine sozialen Pflichten gegenüber den Arbeitslosen zu erfüllen. Die so in den Privatbetrieben wieder untergebrachten Arbeitslosen verdienen natürlich denselben Tariflohn wie diejenigen, die schon lange in den Betrieben angestellt sind. Kaufmännische Angestellte und Arbeiter sind in großer Zahl nach jahrelangem hoffnungslosem Warten durch die Energie der Organe der Reichsregierung wieder zu Arbeit und Brot gekommen.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Lohse, weilte auf Sylt, um Ministerpräsident Göring seine Wünsche für die Landgewinnungsarbeiten an der Westküste vorzutragen. In einer zweistündigen Aussprache bewies Ministerpräsident Göring sein großes Interesse für diese Probleme. Er wird darüber dem Führer berichten, um dann in großzügigster Form dieses wahrscheinlich größte Arbeits- und Siedlungsvorhaben in Preußen mit aller Kraft in Anariff zu nehmen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF